

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe januar 2009



Herausgeber, V.i.S.d.P

Henner Schmidt MdA
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia
Bandow, Anno Blissen-
bach, Kurt M. Lehner,
Markus Löning, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz

Autoren dieser Ausgabe

Maren Jasper, Tom Rein-
hold, Bettina v. Seyfried,
Sascha Tamm, Alexandra
Thein, Volker Thiel

Leserbriefe

Martin Reeckmann

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de
fdp-fraktion-mitte.de
liberal-central.de
fdp-gendarmenmarkt.de
fdp-ot.de
fdp-tiergarten.de
fdp-wedding.de
fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe januar 2009

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

das neue Jahr hat begonnen, und es beginnt mit einer umfassen-
den Saison der Personalwahlen.

-> Zunächst sind wir Berliner am 17. Januar Gastgeber für die
Europawahlversammlung des FDP-Bundesverbandes, wo neben
der Verabschiedung des Europa-Wahlprogrammes auch die Auf-
stellung der Bundesliste mit Spitzenkandidatin Silvana Koch-
Mehrin auf dem Programm steht. Unsere Berliner Spitzenkandi-
datin Alexandra Thein wird auf Platz 11 antreten, weitere Berliner
Kandidaten werden Boris Böhme und Beate Schütz sein.

-> In den nächsten Wochen folgen die Jahreshauptversammlun-
gen der Ortsverbände mit den turnusgemäß zweijährlichen Neu-
wahlen zu den Ortsverbandsvorständen, außerdem werden dort
wie jedes Jahr die Delegierten zum Bezirksausschuss und zum
Landesparteitag gewählt.

-> Am 14. Februar werden wir auf einer Versammlung aller FDP-
Mitglieder mit Domizil im Bezirk Mitte den Direktkandidaten für
die Wahl zum Deutschen Bundestag im September wählen, und
zugleich die Delegierten für die Bundeswahlversammlung des
Landesverbandes.

-> Anfang März dann wählt der Bezirksausschuss turnusgemäß
zweijährlichen einen neuen Bezirksvorstand und wie jedes Jahr
die Delegierten zum Landesausschuss.

-> Am 28. März stellt Bundeswahlversammlung des Landesver-
bandes die Berliner Landesliste zur Bundestagswahl auf.

Und dann, dann stürzen wir uns mit aller Kraft in den Wahl-
kampf zum Europaparlament und zum Bundestag. Die Chancen
auf große liberale Erfolge stehen gut – nutzen wir sie.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Im Dienste der Wahrheit genügt es nicht,
Geist zu zeigen,
man muss auch Mut zeigen.

Ludwig Börne

Lagebericht des Vorsitzenden

Die Weichen stellen, um Strukturprobleme zu überwinden

von Henner Schmidt

Liebe Leserinnen und Leser, hoffentlich hat das neue Jahr gut für Sie begonnen. Die FDP hat in den Umfragen jedenfalls einen guten Start hingelegt: Ende Dezember waren wir in den Umfragen auf Landesebene auf 11% - so gut wie noch nie seit 2001, auf Bundesebene sind wir klar die größte der drei kleineren Parteien und führen damit die Opposition an.



Auch bei der Diskussion über Wirtschaftskrise und Konjunkturprogramme spielt die FDP eine führende Rolle. Während alle anderen Parteien sich nach der (durchaus nötigen) Stabilisierung des Finanzsystems nun mit Vorschlägen überschlagen, welche Industrien jetzt alle vom Staat mit zusätzlichem Geld bedacht werden sollen, macht die FDP dieses Spiel nicht mit. Das ist auch richtig so.

Denn was bei den Banken noch gerechtfertigt war, um den möglichen Zusammenbruch des gesamten Geldwesens zu verhindern, kann kein Handlungsansatz für alle Unternehmen sein.

Viele Probleme einzelner Industrien unterliegen langfristigen Trends und werden in der Wirtschaftskrise nur verstärkt sichtbar. Die Automobilindustrie hat z.B. nun mal erhebliche Überkapazitäten und Strukturprobleme, ebenso wie z.B. die Luftfahrtunternehmen. Auch mit viel Geld des Steuerzahlers kommen solche Branchen nicht um eine echte tiefgreifende Restrukturierung herum.

Vor allem ist aus liberaler Sicht bedenklich, dass „Schutzschirme“ immer nur für diejenigen Unternehmen aufgespannt werden, die besonders groß sind.

Die vielen Mittelständler, die unsere Wirtschaft tragen und unseren Wohlstand schaffen, genießen nicht das Privileg, Milliarden vom Staat verlangen zu können und müssen die Rettung der großen Elefanten auch noch mit ihren Steuern bezahlen. Die FDP tut deshalb gut daran, auf die grundsätzlich andere Sicht der Liberalen hinzuweisen.

Gerade das Eintreten für wirtschaftliche Vernunft und für den Mittelstand auch in der Krise sorgt dafür, dass die FDP an Ansehen und Unterstützung gewinnt.

Ausgesprochen kontraproduktiv sind jetzt auch Forderungen, die Transferzahlungen im Rahmen der sozialen Systeme zu erhöhen. Damit wird der Abstand zwischen Transferempfängern und denjenigen, die arbeiten, noch geringer und die Belastung der Steuerzahler noch höher, während die Anzahl arbeitender Menschen und Steuerzahler insgesamt sinkt.

Die Wirtschaftskrise fordert sicherlich die Sozialsysteme und die Solidarität heraus, da mehr Menschen von sozialer Absicherung abhängig werden, es ist aber jetzt sicher nicht die Zeit für zusätzliche soziale Wohltaten.

Der Berliner Senat freut sich, dass Berlin von der Krise nicht so stark getroffen wird. Kein Wunder: Ein Bundesland mit geringer industrieller Basis, das einen hohen Anteil Transferempfänger und ansonsten einen sehr hohen Anteil öffentlichen Dienstes hat, wird natürlich von Krisen, die die Unternehmen betreffen, kaum berührt.

Es ist aber keine Glanzleistung des Senats, dass Berlin schon so weit unten ist, dass es kaum noch weiter nach unten gehen kann, sondern es handelt sich um ein massives Strukturproblem, das wir überwinden müssen.

Weitere Strukturprobleme wie das schlechte Abschneiden des Berliner Bildungswesens und die unklare Zukunft der Energieversorgung bleiben weiterhin liegen, ohne dass der Senat sich um Verbesserungen kümmert. Ich fürchte, das wird 2009 auch so bleiben.

Wir als FDP haben die Aufgabe, in Berlin und im Bund die Weichen zu stellen, um Strukturprobleme zu überwinden und die Lage für alle zu verbessern. Ich wünsche uns allen, dass sich möglichst viele von uns daran beteiligen, dieses Jahr Wahlerfolge zu erzielen, die das möglich machen. Wir haben etwas zu bieten und es lohnt sich, dafür zu sorgen, dass unsere Ideen und Konzepte umgesetzt werden. Ich zähle dabei auf Ihr Engagement. Wir können in diesem Jahr viel erreichen.

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Konjunkturpaket – wie viel darf's denn sein?

von Tom Reinhold

Täglich gibt es neue Vorschläge, wie der Staat die Konjunktur in der Wirtschaftskrise (bei der ich mir noch gar nicht sicher bin, wie viel davon real und wie viel herbeigeredet ist) ankurbeln soll. Und auch die Bundesregierung ist eifrig bemüht, ein zweites Konjunkturpaket zu schnüren. Neben zusätzlichen Investitionen werden von vielen auch Steuerreduzierungen, mehr Geld für Hartz IV-Empfänger oder Konsumgutscheine vorgeschlagen.

In einer Diskussion, die von Schlagworten beherrscht wird, geraten gerne einige Grundregeln staatlichen Handelns außer Acht, die wir als Liberale meines Erachtens immer im Kopf haben sollten: Der Staat sollte Transparenz und Planungssicherheit für Unternehmen und Bürger schaffen.

Er sollte Spielregeln definieren, aber möglichst nicht selbst mitspielen. Niedrige Steuern und wenig Bürokratie sind generell von Vorteil. Eine – richtige und wichtige – soziale Umverteilung sollte auch Leistungswilligkeit und -fähigkeit berücksichtigen und keine falschen Anreize setzen. Und wenn der Staat selbst investiert, dann möglichst eher antizyklisch. Ich überlasse es dem Leser, zu überlegen, wie oft und in welchem Umfang diese Leitlinien aktuell verletzt werden...

Dies vorausgeschickt, ist bei der staatlichen Reaktion auf die Krise zu klären: Wie groß soll ein „Konjunkturpaket“ denn überhaupt sein? 5 Milliarden Euro? Fünfzig? Oder lieber gleich Fünfhundert? Ich finde es immer bedenklich, wenn ich bei manchen politischen Äußerungen das Gefühl bekomme, dass man sich nicht mal bei den Zehnerpotenzen sicher ist... Daneben muss die Frage gestellt werden: Was will man denn mit der Konjunkturspritze genau erreichen? Soll der private Konsum angekurbelt werden? Soll eine drohende Abwärtsspirale verhindert werden? Sollen Arbeitsplätze geschaffen werden? Soll sozial umverteilt werden? Alles davon? Je mehr gleichrangige Ziele es zu geben scheint, desto schwieriger ist es – man muss auch priorisieren können.

Und wenn der Staat das Geld einfach direkt an die Bürger (zurück-)gibt?

Dann muss es ein spürbarer Betrag sein, damit er in Mehrkonsum resultiert. Und er muss schnell zur Verfügung stehen. Eine Absenkung der Mehrwertsteuer gehört eher nicht dazu: Falls dies etwas bringen würde, hätte ja die Mehrwertsteuererhöhung von 16% auf 19% („Merkelsteuer“) zu einem Konsumeinbruch führen müssen. Hat sie aber nicht, zumindest nicht in den ersten anderthalb Jahren. Auch niedrigere

Krankenkassenbeiträge, die sich mit 5 Euro Ersparnis im Monat kaum bemerkbar machen, oder höhere Pendlerpauschalen, die in der Steuerrückerstattung anderthalb Jahre später irgendwo untergehen, sind wenig geeignet, um jetzt eine Konsumwirkung zu entfalten.

Wenn man schnelle Einmaleffekte will, könnte es sich schon lohnen, über Konsumgutscheine nachzudenken. Aber ich fürchte, es würde eine elende Bürokratie bei der Verteilung und Abrechnung geben. Vor allem, wenn

parallel auch noch Sozialpolitik gemacht oder mit deutscher Gründlichkeit die absolute Gerechtigkeit erreicht werden soll. Konsumgutscheine für alle, aber nicht für Millionäre, dafür in doppelter Größenordnung für alleinerziehende Mütter, es sei denn, sie sind bereits im Rentenalter oder haben einen Zweitwohnsitz auf Mallorca, und nur, wenn sie für deutsche Produkte ausgegeben werden, wird kaum funktionieren.

Was vielleicht diese kurzen Ausführungen schon zeigen: Es gibt leider viele Fragen, und keine einfachen Antworten. Aber ich bin skeptisch bezüglich staatlichen Aktionismus. Wenn sich der Staat an die obigen Regeln hält – also vor allem zurückhält, planbare Rahmenbedingungen schafft und intelligent antizyklisch investiert (wobei die fast größere Kunst die Nicht-Investition in Boom-Zeiten ist) –, ist Bürgern und Wirtschaft vermutlich mehr geholfen als mit einem kurzen Strohfeuer. Oder gar mit zunehmender (Teil-) Verstaatlichung ganzer Industriezweige.



Dr. Tom Reinhold (OV Tiergarten) ist Vorsitzender des FDP-Bundesfachausschuss Verkehr

Gastkommentar

Europa bürgerfreundlich zum Erfolg führen

von *Alexandra Thein*

Zu Recht beneidet die Welt unser Europa um die Union, die wir geschaffen haben und die uns eine historisch einmalige Zeit des Friedens, der Freiheit und des Rechts gegeben hat und für die Zukunft weiter verspricht. Eine wesentliche Herausforderung für uns ist dabei, Europa mit seinen vielen persönlichen und wirtschaftlichen Chancen als positiv erfahrbaren Teil der Lebenswirklichkeit seiner Bürger zu gestalten und wahrnehmbar zu machen.

Die Rechtssetzung durch die Europäische Union ist dabei im Rahmen der fortschreitenden Integration in den vergangenen Jahren immer konkreter, detaillierter und komplexer geworden. Unsere liberale Aufgabe ist es, den Bürgern ihr Leben durch ein einfaches und einheitliches europäisches Recht zu erleichtern und sie dadurch auch bei ihren wirtschaftlichen Unternehmungen zu unterstützen. Nur bei gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen können die tatsächlich wirtschaftlich effizienten Entscheidungen getroffen werden. Auch können wir mit entsprechenden Rahmenbedingungen eine neue Kultur der persönlichen und unternehmerischen Selbständigkeit in Europa fördern.

So ist zum Beispiel erst im Dezember die Kommission vom Europäischen Parlament aufgefordert worden, Vorschläge zur gegenseitigen Anerkennung und Vollstreckung von öffentlichen Urkunden aus einem anderen Mitgliedstaat zu unterbreiten. Eine Vereinheitlichung würde den Alltag von Bürgern und Unternehmen im grenzüberschreitenden europäischen Leben wesentlich erleichtern.

In der Familienpolitik sind weitgehend unmerkelt von der deutschen Öffentlichkeit zahlreiche Rechtsvereinheitlichungen mit ganz konkretem Nutzen für den Bürger in Gang gekommen. Allerdings sind insofern noch viele Fragen offen, nicht zuletzt etwa bei grenzüberschreitender Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen oder Scheidungen von bi-nationalen Ehen, was bereits jede sechste Ehe in der EU betrifft.

Voraussichtlich im Jahre 2010 soll die „Europa-GmbH“ eingeführt werden, mit der in jedem Mitgliedstaat zu den gleichen Bedingungen und Kosten eine GmbH gegründet werden kann. Damit reagiert die EU auf den Wettbewerb um GmbH-Gründungsformen, der zur Wanderung von Unternehmen durch die Mitgliedstaaten aus Gründen gesellschafts- und kostenrechtlicher Opportunität geführt hat. Flankierend hierzu sollte, so meine ich, ein europäisches Handelsregister eingeführt werden. Letztere Forderung

wurde bisher von der Politik noch nicht aufgegriffen, hat jedoch das Potential, im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr erhebliche Effizienzgewinne zu bewirken.

Vereinheitlichung und Vereinfachung sind Wirtschaftsförderung, welche aus liberaler Sicht Förderung der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung sein muss. Die Wirtschaftsförderung sollte nicht als Nullsummenspiel, nicht als Subventionswettbewerb zwischen den oder innerhalb der Mitgliedstaaten verstanden werden, sondern als Setzung intelligenter Rahmenbedingungen durch Regeln, die einfach und einheitlich für alle sind.

Auch im Rahmen der Finanzkrise hat sich ein integriertes Europa bewährt. Die Finanzkrise hat diejenigen Mitgliedsländer, welche die gemeinsame Währung eingeführt hatten, deutlich weniger hart getroffen; unsere gemeinsame Währung hat Schutz vor Währungsspekulationen geboten. Unter den neuen Mitgliedern hatte die Slowakei, die sich erfolgreich um eine schnelle Einführung des Euro bemüht hatte, insofern im Vergleich mit den anderen neuen Mitgliedern, aber auch im Vergleich etwa zu Großbritannien oder Dänemark, von diesen Bemühungen sehr profitiert. Eine wichtige europäische Zukunftsaufgabe bezüglich der Finanzmärkte besteht nun darin, eine einheitliche Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank – anstelle der mehr als 70 Finanzmarktaufsichtsbehörden – zu schaffen.

Einfach, einheitlich und bürgerfreundlich können wir Europa zu neuen Erfolgen führen.



Alexandra Thein (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Spitzenkandidatin der Berliner FDP für die Europawahl 2009

Zum Thema

Gazprom

von *Sascha Tamm*

Schalke 04 zittert um die Zahlungsfähigkeit seines Hauptsponsors; viele Menschen in Südosteuropa zittern inzwischen vor Kälte; der wirtschaftliche Schaden durch Produktionsausfälle wächst von Tag zu Tag.



Derweil spielen die Ukraine und Russland das „blame game“. Sie beschuldigen sich gegenseitig, daran schuld zu sein, dass der Erdgasexport aus Russland stockt, und versuchen, die EU als Geisel zu nehmen. Wer das größere Maß der Schuld trägt, ist derzeit kaum zu klären und letztlich auch nicht so wichtig. Entscheidend für die Zukunft der EU ist, die richtigen Lehren aus der zuweilen kabarettreife Vorstellung zu ziehen, die unsere Partner im Osten derzeit bieten. Eine Konsequenz liegt auf der Hand: Wir brauchen mehr Diversifizierung, mehr Quellen für unsere Energieversorgung.

Eine andere Lehre ist gerade in einer Zeit wichtig, in der Staatsbeteiligungen hoch im Kurs stehen: Man kann Staatsunternehmen und Monopolen nicht vertrauen. Sie folgen anderen Prinzipien als private Unternehmen. Das trifft auf Gazprom, das mehrheitlich in der Hand des russischen Staates ist, ebenso zu wie auf den ukrainischen Netzbetreiber.

Und es trifft teilweise immer noch auf die deutschen Gasversorger zu, die mit den monopolistischen Strukturen seit Jahrzehnten gut leben können. Man stelle sich vor, es gäbe mehrere konkurrierende Erdgasexporteure und mehrere Pipelines, die unterschiedliche Eigentümer haben. Eine Situation, wie wir sie heute haben, wäre kaum vorstellbar. Das gleiche gilt, wenn die Formen der Energiegewinnung breiter diversifiziert wären.

Viele EU-Mitglieder haben in blindem Vertrauen in die russischen Gaslieferungen darauf verzichtet, ihre Energieversorgung zu reformieren. Es ist höchste Zeit, das zu ändern. Mehr Wettbewerb würde auch hier nicht nur mehr Effizienz, sondern auch mehr Verlässlichkeit schaffen. Da könnte man die Verluste für eine deutsche Mittelfeldmannschaft verschmerzen.

Sascha Tamm (OV OT)

Zum Thema

Rathenau-Gedenkstätte für Berlin

von *Kurt Lechner*

Berlin braucht ein würdiges Erinnerung an den 1922 von Rechtsextremisten ermordeten deutschen Außenminister und Schriftsteller Walther Rathenau. Fragen der Erinnerungskultur haftet vielleicht für manches FDP-Mitglied das Odium der Nebensächlichkeit an. Angesichts der strukturellen Mehrheit, die sozialistische Meinungen in der Berliner Politik haben, kann vor dieser Haltung nur gewarnt werden. Das geistige Klima, die intellektuelle „Lufthoheit“, färben auf alle Bevölkerungsgruppen ab. Gerade für bürgerliche Wählerschichten, die sich in hohem Maße über Bildung und Kultur definieren, kann eine dezidiert liberale Erinnerungskultur entscheidend zu einem geistigen Klima beitragen, das der FDP weitergehende Wahlchancen eröffnet.



Da der Liberale Walther Rathenau - anders etwa als die in Berlin viel gefeierte Extremistin Rosa Luxemburg - sich für und nicht gegen die parlamentarische Demokratie in die Pflicht nehmen ließ, und er die Aussöhnungspolitik Deutschlands mit seinen Nachbarn nach dem Ersten Weltkrieg wesentlich gestaltet hat, muß die Erinnerungspolitik des Landes Berlin geändert werden. So, wie Rhöndorf an Adenauer, Stuttgart an Heuss, Heidelberg an Ebert und Berlin an Willy Brandt erinnert, gehört zu einer angemessenen Erinnerungspolitik für den gebürtigen Berliner Walther Rathenau eine Gedenkstätte in Berlin, die über Leben sowie publizistisches und politisches Wirken Walther Rathenaus informiert, möglichst an einem mit seiner Lebensgeschichte verknüpften Ort. Dazu ist die Aufbewahrung und Zugänglichmachung der Kopien des Nachlasses von Walther Rathenau in Berlin sowie die Rückführung der Originale aus Rußland; sowie die angemessene Pflege und Restaurierung des Ehrengrabes Rathenaus in Oberschöneweide notwendig. Gerade, weil Terrorismus und Antisemitismus auch heute reale Gefährdungen für die deutsche Demokratie bergen, ist der Informations- und Bildungsaspekt im Zusammenhang mit Walther Rathenau besonders aktuell.

Dr. Kurt Lechner (OV Tiergarten) ist Sprecher des Bezirksausschusses dim BV Mitte

Aus dem Abgeordnetenhaus

Linke Kakophonie um den Mellowpark

von Volker Thiel

Die Diskussion um den Standort des Mellowparks in Köpenick hat eine neue Qualität bekommen. Einer der größten Jugend-, Sport- und Freizeitpark Europas, mit mehr als 20.000 Jugendlichen und Familien, jährlich droht zum 31. März das Aus. Er muss das Grundstück räumen, einen Ersatzstandort gibt es nicht.



Deshalb forderte die FDP Fraktion im Abgeordnetenhaus unter Führung ihres Sportpolitischen Sprechers Sebastian Czaja den Senat auf, sich umgehend mit den beteiligten Akteuren zusammzusetzen, um ein tragfähiges Zukunftskonzept für den Mellowpark - möglichst im Bezirk - zu entwickeln und sich dafür einzusetzen, dass der Mellowpark mindestens bis zum 30.09.2009 (Saisonende) an seinem derzeitigen Standort verbleiben kann.

Dem Antrag auf Sofortige Abstimmung verweigerten gemeinsam SPD und Linke ihre Unterstützung. Stattdessen beschlossen sie mit ihrer Mehrheit, den Antrag in verschiedene Ausschüsse zu überweisen. Kein Wunder: Die Linke ist im Bezirk und auf Landesebene für die Umsiedlung des Mellowparks auf ein bereits von dem Liegenschaftsfonds (Vor-)verkauft Grundstück, so auch die BVV Mitglieder der SPD. Nur der Kreisvorstand der SPD ist gegen diesen Plan und auch auf Landesebene gibt es in der SPD Fraktion zahlreiche Vorbehalte gegen diese Umsiedlung.

Dass Linke und SPD zu weilen andere Ziele verfolgen ist nicht neu. Neu ist, dass die SPD sich so wohl auf Bezirks- wie auch auf Landesebene jeweils unterschiedlich positioniert. Hier ist der Regierende gefordert, denn schließlich geht es um ein gesamtstädtisches Projekt mit internationaler Ausstrahlung. Und was macht der Regierende? Er eröffnete erst mal die Grüne Woche und bald werden ihn die Filmfestspiele die Querelen der Niederungen vergessen lassen. Nur, die Kakophonie in den eigenen Reihen bleibt und kann sich leicht zu seinem Bocksang entwickeln.

Volker Thiel MdA (BV Treptow-Köpenick)

Aus der Landespartei

Europatag 2009 in Berlin

von Katja v. Maur

Das Superwahljahr 2009 beginnt für den Berliner Landesverband zum Auftakt mit einem Paukenschlag: Am kommenden Samstag findet der Bundeseuropatag der FDP in Berlin statt. Zwar stellen wir Berliner mit 28 Delegierten im Vergleich zu den großen und prominenten Verbänden wie Nordrhein-Westfalen (156) oder Baden-Württemberg (87) oder etwa auch dem Jungstar Bayern (72) rein zahlenmäßig gesehen einen eher kleineren Stimmenanteil, aber wir tragen als Landesverband diesmal großteils zum Gelingen bei, indem wir unseren Parteifreunden einen herzlichen Empfang, Man- und Womanpower und eine professionelle Performance bieten.



Die Delegierten werden vom Berliner Landesverband mit Stadt- und ÖPNV-Plan sowie einem Berlintypischen Begrüßungspräsent willkommen geheißen. - Dann haben wir gute Aussichten, dass unsere Spitzenkandidatin und Sympathieträgerin Alexandra Thein außer mit der voller Unterstützung aus Berlin auch mit breiter Unterstützung aus den anderen Landesverbände rechnen darf und auf einem aussichtsreichen Listenplatz antreten kann. - Unser Landesvorsitzender und anerkannter Europaspezialist Markus Löning hat nicht nur maßgeblich an der Ausarbeitung des Europaprogramms mitgewirkt, er hat auch einen Miniaturfilm über Europa in Berlin gedreht, der auf dem Europatag zu sehen ist. - Und schließlich werden die gute Seele des Landesverbandes Heidi Nossack und viele Berliner Parteifreundinnen und Parteifreunde vor Ort zum reibungslosen Ablauf des Europatages beitragen.

Ab Montag geht's dann wieder mit der programmatischen Arbeit in Richtung Landesparteitag weiter. Nachdem Roland Zielke bereits über die Feiertage aus unseren Eckpunkten einen ersten Entwurf für den Leit Antrag Wirtschaft gezimert hat, trifft sich in der kommenden Woche erst die Arbeitsgruppe und am 27. Januar der Landesvorstand zur abschließenden Beratung, so dass anschließend der Versandt wie zugesagt pünktlich stattfinden wird.

Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Grüne Stadträtin legt ihr Amt nieder

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

Die November-Sitzung der BVV sitzt uns allen noch tief in den Knochen. Ein Dringlichkeitsantrag der SPD, der Linke und der CDU hat eine heftige bis heute anhaltende Debatte um die Auftragsvergabe für die sog. MAE-Maßnahmen des Job Centers Mitte hervorgerufen. Den Höhepunkt der Auseinandersetzung war der Rücktritt der bisherigen Stadträtin für Soziales und Bürgerdienste, Miriam Scheffler (Bündnis 90/Die Grünen) im Dezember letzten Jahres. Worum geht es?

Laut dem IV Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“), das zum 01. 01. 2005 in Kraft trat, können Empfängern von Arbeitslosengeld II öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen angeboten werden. Hierzu gehören auch die „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (MAE), die so genannten Ein-Euro-Jobs. Diese Maßnahmen werden durch die sog. Freien Träger (siehe unser Bericht vom November 2008) organisiert und durchgeführt. Immerhin handelt es sich im Fall von Berlin-Mitte mit dem größten Job Center Deutschlands um ein Vergabevolumen von mehreren Millionen Euro. Bisher waren in Mitte 8 freie Träger für die MAE-Maßnahmen zuständig. Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens, das Ende 2008 stattgefunden hat, hat sich das Job Center Berlin-Mitte für 12 Träger entschieden, wobei einige „alte“ und namhafte Träger nicht mehr berücksichtigt wurden. Es ist anzunehmen, dass dies einer der Gründe für den Antrag der SPD, der CDU und der Linke für die Aussetzung des Verfahrens war. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der FDP und der Grünen angenommen.

Die FDP-Fraktion vertrat dabei die Meinung, dass es grundsätzlich völlig legitim sei, dass das Job Center versucht, sich nach neuen Trägern umzuschauen und somit den Wettbewerb unter den Anbietern zu steigern. Es darf keinen Automatismus bei der Vergabe von Aufträgen in dieser Größenordnung geben. Wichtig ist jedoch, dass das Auswahlverfahren transparent und die Entscheidungen für alle Beteiligten nachvollziehbar sind. An diesem Punkt stößt die Kritik der FDP an. In der Tat hätten das Job Center und die zuständige Stadträtin die BVV früher und ausführlicher über den Stand des

Verfahrens informieren müssen. Andererseits sind auch etliche Bezirksverordneten ihrer Pflicht nicht nachgegangen, entsprechende Informationen anzufordern. In diesem Sinne bleibt es nur zu hoffen, dass die Querellen im Job Center Mitte eine Lehre für uns alle sein werden. Für die Einen- besser zu informieren, für die Anderen – sich besser informieren zu lassen.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363
Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00
www.fdp-fraktion-mitte.de

Vorstandstreffen

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Die FDP Gendarmenmarkt nutzte den Januar zur letzten Zusammenkunft des Ortsvorstandes in der bisherigen Zusammensetzung. Bei einem Glas Prosecco verabschiedete der vollzählig erschiene Vorstand Beisitzerin Franziska Löke und Schatzmeister David Issmer. Beide werden nicht wieder für den Ortsvorstand kandidieren. Während David Issmer als neuer Landesvorsitzender der Jungen Liberalen sich einem noch verantwortungsvolleres Politikfeld widmen wird, will Franziska Löke intensiver berufliche Ziele verfolgen. Die beiden wegen ihres starken Engagement geschätzten Vorstandsmitglieder versprachen, den Ortsverband in anderer Form weiterhin aktiv zu unterstützen. Für die hervorragende Unterstützung ist ihnen schon jetzt der Dank des Ortsverbandes gewiss. Inhaltlich befasste sich der Vorstand intensiv mit der Vorbereitung der Jahreshauptversammlung am 3. Februar im Restaurant Löwenbräu sowie der aktuellen positiven Mitgliederentwicklung im Ortsverband.

Logisch oder populistisch?

Bettina v. Seyfried vom OV Wedding

Gleich drei Anträge zur Verkehrssicherheit wurden im letzten BA behandelt. Im Ergebnis wurde die totale Abstinenz von Alkohol für Autofahrer beschlossen, da es immer wieder solche Fahrer gibt, die sich nicht an die geltenden Regeln halten und dadurch für sich und andere zur

Gefahr werden. Merkwürdig nur, dass, wenn Radfahrer nachts ohne Licht fahren und häufig genug weit entfernt von geltenden Verkehrsregeln sich verhalten und damit ebenfalls zu erheblichen Gefahrenquellen werden genauso wie hoch getunte Kleinkraftwagen, wenn diese sich gegen die gesetzlichen Vorschriften verhalten, kein Handlungsbedarf beschlossen wurde. Das erscheint mir nicht stimmig. Die eine Entscheidung wurde mehrheitlich mit der liberalen Grundhaltung begründet, die andere fiel diesbezüglich durch. Der Autofahrer ist demnach kein freier Bürger mehr? Der Autofahrer taugt nicht für eine liberale Sicht der Dinge – oder wie?

Auf unserer Weihnachtsfeier konnten wir liebe Gäste begrüßen, u.a. Frau Dr. Schwaetzer, Frau Thein, Frau v. Maur, MdB Herrn Königshaus und leider nur sehr wenige Mitglieder des OV Wedding.

Auftaktveranstaltung „Wettbewerb“ gelungen

von Maren Jasper



Die Veranstaltungsreihe zur Wettbewerbspolitik in Berlin, die der Bezirksverband organisiert, startete am 10. Dezember 2008 mit dem Thema „Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr – Ein Konzept für Berlin?“.

Rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen in das Foyer der Opel-Repräsentanz in der Friedrichstraße in Berlin-Mitte, um über dieses spannende Thema mit dem hochkarätig besetzten Podium zu diskutieren. Marcus Pindur aus

Tiergarten und Journalist beim Deutschlandradio, führte souverän und fachkundig durch den Abend und fühlte dabei den Referenten auf den Zahn.

Obwohl sich Tom Reinhold als Vertreter der FDP auf dem Podium zusammen mit dem Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg, Hans-Werner Franz, am vehementesten für mehr Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr aussprachen, waren auch die übrigen Diskutanten der Meinung, dass eine Öffnung des bestehenden Systems zu mehr Wettbewerb gut sei.

So sah Matthias Horth vom Fahrgastverband IGEB Berlin Vorteile für die Fahrgäste. Mit Hilfe anderer Anbieter, die sich in einer Ausschreibung durchsetzen könnten, könnte zum Beispiel der Preis für ein U-Bahnticket sinken. Auch der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Christian Gaebler, verwehrte sich nicht der Idee einer Ausschreibung, brachte aber seine Podiumskollegen gleich auch wieder „auf den Teppich“: durch die vertraglichen Bindungen des Landes Berlin mit der BVG sei eine Ausschreibung in Berlin in naher Zukunft unrealistisch.

Das Publikum brachte sich im weiteren Verlauf des Abends mit einigen Wortbeiträgen vor allem in die Frage, wie man denn eine vernünftige Ausschreibung durchführen könnte, ein.

Für die Berliner FDP in Mitte war es nicht nur ein Erfolg, dass Externe, d.h.

Nicht-FDP-Mitglieder, der Einladung des Bezirksverbands folgten, sondern sich auch im Rahmen der Diskussion Experten von Verbänden

und Unternehmen zu Wort meldeten. Nicht zuletzt durften wir dabei etwa Dr. Recker, Hauptgeschäftsführer von „Mofair“, Jürgen Illing, Leiter Politische Beziehungen Deutsche Bahn AG, oder Thomas Fabian vom BDI begrüßen.

Ein Empfang rundete die Veranstaltung ab.

Für Fragen und Anregungen zur Veranstaltungsreihe stehe ich Ihnen gerne unter meiner e-mail maren.jasper@fdp-mitte.de zur Verfügung.

Personalien

(au) **Irmgard Schwaetzer** (Foto, Gendarmenmarkt), Bundesministerin a.D., ist in die in die bundesweite Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland gewählt worden. Sie vertritt nun die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz bei der Bundes-Synode der EKD; Schwaetzer ist im Übrigen auch Vorsitzende des Domkirchenkollegiums am evangelischen Berliner Dom. FDP-Generalsekretär **Dirk Niebel** gratulierte mit den Worten: „Die ganze FDP und auch ich ganz persönlich gratulieren Irmgard Schwaetzer herzlich zu ihrer Wahl und wünschen ihr alles Gute in ihrem neuen Amt. Dass unsere frühere Ministerin nun die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz bei der Bundes-Synode der EKD vertritt, zeigt einmal mehr, dass Liberale nicht nur in allen Gesellschaftsschichten vertreten sind, sondern auch breit in religiösen und bürgergesellschaftlichen Organisationen. Die FDP ist stolz darauf, dass prominente Protestanten und Katholiken ebenso ihren Reihen entstammen wie Gläubige anderer Religionsgemeinschaften oder Konfessionslose.“



(ss) Auf der Jahreshauptversammlung der Jungen Liberalen Mitte am 13.01. wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender der Mitte-JuLis wurde **Christian Lüdke** (Gendarmenmarkt) als Nachfolger von **Juliane Hohmuth** (Gendarmenmarkt), die sich künftig in der FDP engagieren will. Lüdkes Stellvertreter sind **Titus Albrecht**, **Philipp Ehmann** u. **Jenny Langner** (beide Tiergarten), neuer Schatzmeister des Bezirksverbandes ist **Christan Ebertz** (Gendarmenmarkt). Als Beisitzer wurden neben der Altvorsitzenden Homuth **Daniel Keye**, **Justus Leonhardt**, **Friederike Schimak** und wiederum **Alexander Wagner** gewählt.

(au) Die Liste der Liberalen bei dem Mikro-Blogging-Dienst Twitter wird immer länger. **Joseph Laudien** (Wilhelmstadt), Bürgerdeputierter in der BVV-Mitte, wird von der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Barack Obama am 20. Januar live aus Washington berichten. Die Reise dient der Vorbereitung der Konferenz „The New Transatlantic Dialogue“ der Naumann-Stiftung, die im Mai unter seiner Leitung stattfindet.

<http://twitter.com/josephlaudien>.

(au) Auf ihrem Landeskongress am 10.01. hat der Berliner Landesverband der Jungen Liberalen einen neuen Vorstand gewählt. Mit mehr als 90 Prozent der Stimmen wurde **David Issmer** (Foto, Gendarmenmarkt) als Nachfolger von **Mischa Hecker** (Charlottenburg-Wilmersdorf) zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Unterstützt wird er von Stellvertretern **Holger Sieg**, Ex-Vorsitzender der JuLis Mitte, sowie **Fabian Waetzoldt** (Wilhelmstadt), **Nadja Konersmann** (Friedrichshain-Kreuzberg) und Schatzmeister – und zugleich FDP-Landesvorstandsmitglied – **Sirko Schulz** (Lichtenberg).



(au) Die Liberalen haben sich auf ihrem traditionellen Dreikönigstreffen in Stuttgart auf das Superwahljahr 2009 eingestimmt, aus dem Landesverband Berlin waren nicht zuletzt unser Landesvorsitzender **Markus Löning** und Europa-Spitzenkandidatin **Alexandra Thein** (Foto,



beide Steglitz-Zehlendorf) dabei. FDP-Partei- und Fraktionschef **Guido Westerwelle** machte deutlich, dass es bei den Wahlen des Jahres 2009 darum gehe, wo das Land in 20 Jahren stehen wolle; die FDP sei dabei nicht nur Bürgerrechtspartei, Freiheitspartei, „Anwalt der Mitte“ und Steuersenkungspartei, sondern auch Friedenspartei und eine „Partei für das ganze Volk“. Generalsekretär **Dirk Niebel** machte deutlich, dass es eine Regierungsbeteiligung der FDP im Bund nötig sei: „Wir werden einen Politikwechsel nur mit einer starken FDP bekommen.“

Leserbriefe

Martin Reeckmann (OV Tiergarten)

Zum Schlusswort in LC 12/08 betreffend das Bürgerbegehren „Pro-Reli“: In programmatischer Hinsicht steht dem organisierten Liberalismus das Bekenntnis zum Laizismus am Besten zu Gesicht. Die FDP sollte für die Trennung von Staat und Kirchen und für die weltanschauliche Neutralität des Staates eintreten - und nicht für ein in staatlicher Regie veranstaltetes Wahlpflichtfach Ethik/Religion. Ein Wahlpflichtfach Ethik/Religion schafft keine Wahlfreiheit, sondern den Zwang zum weltanschaulichen Bekenntnis innerhalb des schulischen Stundenplans. Aus ähnlichen Erwägungen hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 15.03.2007 (1 BvR 2780.06) das Berliner Pflichtfach Ethik nicht als Verletzung von Grundrechten gewertet. Unsere höchsten Verfassungsrichter meinen, dass der Landesgesetzgeber der Entstehung von religiös oder weltanschaulich motivierten „Parallelgesellschaften“ entgegenwirken und sich um die Integration von Minderheiten bemühen darf. Die im Schlusswort in LC 12/08 vertretene These, dass die Trennung von Staat und Kirchen in letzter Konsequenz auf ein Verbot des konfessionellen Religionsunterrichts hinausliefere, ist da weit her geholt.

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu
veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

Volksentscheid – alles nur Tam-Tam?

von Stefan Scholz

Volksbegehren erfreuen sich seit Ihrer Einführung in der Hauptstadt großer Beliebtheit – zumindest bei den Initiatoren. Zuletzt ist diese Euphorie bei ProReli zu spüren. Doch die Ernüchterung folgt auf dem Fuße. Nur wenige der von großem Tam-Tam begleiteten Kampagnen nehmen noch die erste Hürde, genügend Unterstützer zu mobilisieren. Sobald jedoch an die Wahlurne zum Volksentscheid geblasen wird, müht sich ein Gros der Berliner nicht vom sonn-täglichen Kaffeetisch.

Dabei sollte der städtische Bürger über das Privileg doch jubeln, Konkretes zu gestalten. Über jenes, was sonst am Stammtisch oder im Familiendisput bewegt, mitzuentcheiden. Was ist es, das es uns so schwer macht, die Politik in die eigenen Hände zu nehmen?

Nun mag es dafür jene viel zitierten Gründe geben, für die auf die ein oder andere Weise sicherlich eine zustimmende Meinung einzuholen wäre. Der gemeine Bürger sei der Politik überdrüssig, mag nicht falsch sein. Eben so gibt es Beispiele für jene „Durchreisende“, die die Stadt benutzen, statt sich mit ihr zu identifizieren. Der Preuße mag zuweilen auch einer gewissen Obrigkeitshörigkeit anheim fallen, und sich der plötzlichen Verantwortung bewusst, beschämt daheim verharren. Viele Argumente, die richtig sein mögen. Viele Argumente, die aber nur einen Teil der Wahrheit beschreiben.

Vielleicht sind es Volksbegehren und –entscheid selbst, denen Mängel anhaften. Die Hürden sind hoch. Die Hälfte der Abstimmenden muss beim letztendlichen Urnengang dem Beschluss zustimmen, mindestens jedoch ein Viertel aller Wahlberechtigten.

Sind diese Hürden genommen, verkommt der Beschluss zu einem Beschlüsschen – eine Bindungswirkung für den Bürgermeister ergibt sich damit nicht. Letzteres wird zumindest in regelmäßigen Abständen in den Medien vom obersten Stadtfürst höchstpersönlich behauptet: Man plane sich mit Sicherheit nicht an das Ergebnis der Abstimmung gebunden zu fühlen, lacht und schreitet von dannen.

Alles nur Farce? Wohl echter nicht. Trotz der Kaltschnäuzigkeit gewisser Politiker und der Lethargie einiger Berliner: Volksentscheid und Volksbegehren sind kraftvolle Instrumente der Selbstbestimmung der Bürgergesellschaft, deren Mächtigkeit niemand unterschätzen sollte. Das gilt auch für jene Mächtigen, deren Entscheidungen durch einen solchen Volkswillen regelmäßig auf dem Prüfstand stehen. Denn:

Der Berliner Plebiszit ist kein Feigenblatt, sondern hat – was gern verschwiegen wird – die Beschlusswirkung des Abgeordnetenhauses. Auch daran ist der Senat nicht zwingend gebunden. Doch mächtig ist ein solcher Beschluss allemal. Insbesondere dann, wenn ihn 600.000 Berliner aussprechen.

Termine

Januar 2009

- 17.01 Bundesverband: **Europaparteitag** im Estrel Convention Center, Berlin – Information unter www.fdp-bundespartei.de
- 21.01 17.00h FNS: **2. Freiheitskongress** – mit Dr. Klaus Schroeder, Dr. h.c. Joachim Gauck, Dr. h.c. Reiner Kunze, Uwe Barth MdB u.a. – im Admiralspalast (Friedrichstr. 101)
- 21.01 19.00h OV Tiergarten: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1)
- 22.01 19.30h DGLI Berlin: **Diskussionsveranstaltung** „Welche Auswirkungen hat die Präsidentschaft von Barack Obama auf Deutschland und Europa?“ – mit Markus Löning MdB, Dr. Donald Black, Mark Donfried – im Abgeordnetenhaus, Raum 388 (Niederkirchner Str.5)
- 25.01 11.30h OV Tiergarten: **Neujahrsempfang** im Cafe immerhin (Krefelder Str.)
- 26.01 19.00h OV Wilhelmstadt: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 27.01 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** – im Rathaus Charlottenburg, Festsaal (Otto-Suhr-Allee 100)
- 27.01 19.30h Liberale Frauen Berlin: **Veranstaltung** „Die Kunst der Frau, ihre Berufung zu finden, und ihr Verhältnis zum Geld“ – mit Dr. Petra Bock – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str. 5)
- 28.01 18.00h FDP-Fraktion im AGH u.a.: **Podiumsdiskussion** „Ist der Breiten- und Freizeitsport in Berlin auf dem Abstieg?“ – mit Dr. Martin Lindner MdB, Sebastian Czaja MdB u.a. – im Abgeordnetenhaus, Raum 311 (Niederkirchner Str. 5)
- 29.01 19.30h OV OT: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – im cum laude (Universitätsstr. 4)

Februar 2009

- 03.02 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 11.02 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 14.02 12.00h BV Mitte: **Mitgliederversammlung des Bezirks** (Mitglieder mit Domizil in Mitte) zur Wahl des Wahlkreis-kandidaten und der Delegierten für die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl – im Neuen Stadthaus, BVV-Saal (Parochialstr. 1)
- 22.02 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 24.02 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** – Neuen Stadthaus, Otto-Suhr-Saal (Parochialstr. 1-3)
- 25.02 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.